



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

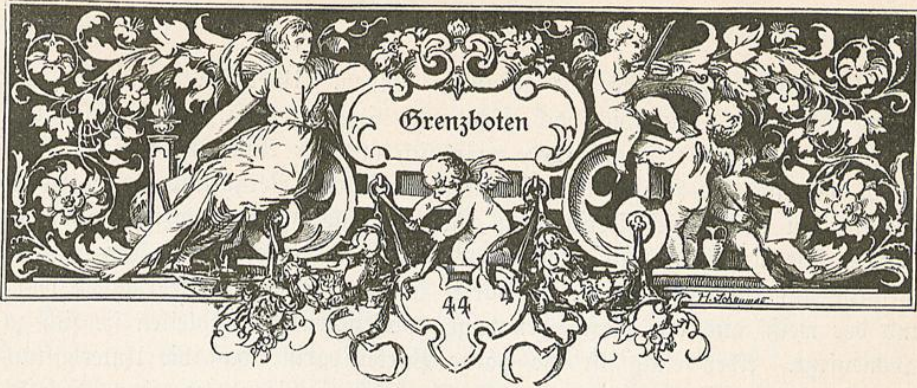
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Waffen nieder? : Aus Schwaben

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Waffen nieder?

Aus Schwaben



seit dem Volksschulgesetzkampf im preussischen Abgeordnetenhaus läßt sich eine wenn auch nur langsam fortschreitende und durch mancherlei Hemmnisse unterbrochene Annäherung zwischen den beiden großen liberalen Parteien beobachten, und seit vollends das Bündnis zwischen Konservativen und Clerikalen offenkundig geworden ist und durch Kampfenoffenschaft in verschiedenen Wahlschlachten die Feuertaufe erhalten hat, mehren sich die Stimmen, die die Einigung aller Liberalen zur Abwehr rückschrittlicher Bestrebungen fordern. Es hat den Anschein, als ob auch Fürst Bismarck eine solche Einigung nicht ungern sehen würde. Sonderliche Hinneigung zu liberalen Theorien hat er wahrlich niemals verraten; wenn also sein Hamburger Leibblatt an die Liberalen einen Mahnruf zur Einigkeit hat ergehen lassen, so muß die Gefahr, wodurch die mühsamen Errungenschaften langer Jahre in Frage gestellt werden, dringend genug sein, und die Liberalen haben alle Ursache, den gewiß nicht ohne Selbstüberwindung gegebenen Rat zu befolgen.

Allerdings ist dies bei unsern wirren Parteiverhältnissen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Geringer sind sie für die leitenden Kreise, die von höhern politischen Gesichtspunkten ausgehen, größer für die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen, die sich in den kleinen Parteikrieg verbissen haben, und für die Journalisten, denen die gegenseitige Befehdung zur angenehmen Gewohnheit geworden ist. Besonders eigentümlich liegen die Verhältnisse in Süddeutschland. Hier ist die deutschfreisinnige Partei eine künstlich großgezogene Schmarotzerpflanze, die erst neuerdings durch Begünstigung des Zentrums und der Demokraten, mehr vielleicht noch durch die Fehler der National-

liberalen einige Bedeutung hat gewinnen können. Über Nacht kann sie diese wieder verlieren. Nur bis nach Schwaben sind die Deutschfreisinnigen noch nicht vorge drungen. Doch würde man sich mit der Annahme täuschen, daß darum bei uns die Frage, wie sich in Zukunft das Verhältnis der Nationalliberalen zu den Deutschfreisinnigen gestalten solle, geringerer Teilnahme begegne. Die Ansichten sind geteilt, was niemand wundern wird, der die Verhältnisse innerhalb der deutschen Partei in Württemberg einigermaßen kennt, und der weiß, aus wie verschiedenartigen politischen Bestandteilen sie sich zusammensetzt. Aber einig ist die ganze Partei darin, daß die Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den Deutschfreisinnigen von einer unerläßlichen Bedingung abhängig gemacht werden muß: das Kriegsbeil, das jene bisher gegen Fürst Bismarck geschwungen haben, muß begraben werden. Es ist das freilich keine leichte Zumutung für die Zeitungsschreiber der Partei, deren kräftigste Nahrung immer noch die Beschäftigung mit dem großen Reichskanzler bildet (wiewohl sie sich in komischem Widerspruch damit den Anschein zu geben suchen, als ob seinen Handlungen und Reden gar keine praktische Bedeutung mehr zukomme), und keine gefühlvolle Seele wird den deutschfreisinnigen Journalisten das Mitleid versagen, wenn ihnen Fürst Bismarck keinen Stoff mehr zu oratorischen Leistungen bieten soll, aber ein liberales Veröhnungsfest erfordert dieses Opfer. Denn es geht nicht an, daß von zwei verbündeten Parteien die eine denselben Mann als Heros vergöttert, die andre ihn mit Schmutz bewirft. Übrigens wird es ernsthaften und sachlichen deutschfreisinnigen Politikern um so weniger schwer fallen, die nationalliberalen Brüder in ihren Gefühlen zu schonen, als eine Rückkehr Bismarcks an die Spitze der Geschäfte kaum denkbar ist. Auch die Mehrzahl derer, denen Bismarcks Rücktritt tief schmerzlich gewesen ist, strebt eine Rückkehr keineswegs an, wenn auch nur aus dem einzigen Grunde, weil das deutsche Reich nicht zum zweitenmale der Beunruhigung und Erschütterung, die ein erneuter Abgang des leider sterblichen im Gefolge hätte, preisgegeben werden darf.

Wie soll sich nun in Zukunft, das ist eine weitere nicht unwichtige Frage, das Verhältnis zu der sogenannten Volkspartei gestalten? Soll auch sie in das große liberale Bündnis eingeschlossen werden, sollen die Nationalliberalen in Süddeutschland etwa auch gegen sie die Waffen niederlegen? Diese Frage ist in Schwaben besonders brennend, da sich dort nach wie vor das Hauptquartier jener Partei befindet. Um es kurz zu sagen: die deutsche Partei in Württemberg wird und kann sich nimmermehr in irgend welche nähere Beziehungen zu der Volkspartei einlassen. Wohl mag sie sich in der Folge mit ihr häufiger als früher in der Abwehr reaktionärer Bestrebungen zusammenfinden, aber eine solche Bundesgenossenschaft muß eine zufällige bleiben, darf nicht gesucht werden. Es giebt zahlreiche Politiker, die mit den süddeutschen Demokraten die „norddeutschen Demokraten,“ worunter die Deutschfreisinnigen

verstanden sind, ohne weiteres zusammenwerfen. Das ist ein schwerer Irrtum. Nicht sowohl das Mehr oder Weniger der liberalen Grundsätze als die Haltung in nationalen Fragen begründet den entscheidenden Gegensatz zwischen Volkspartei und deutscher Partei. Partikularistischen Bestrebungen entgegenzutreten, ist die Aufgabe der deutschen Partei heute wie früher; wenn auch solche Bestrebungen in ernster Stunde schwerlich jemals wieder großen Schaden anrichten werden, wagen sie sich um so dreister in ruhigen Zeiten hervor, wie in Württemberg bei Einführung des einreihigen Waffenrocks und sonstigen Anlässen zu Tage getreten ist. Der deutschfreisinnigen Partei kann niemand im Ernste vorwerfen, daß sie ähnlichen Sonderbestrebungen hulldige. Darum ist zwischen ihr und den Nationalliberalen nur ein relativer Unterschied, bestimmt durch das Maß liberaler und konstitutioneller Anschauungen, zwischen Nationalliberalen und Demokraten ein absoluter. Mit den Deutschfreisinnigen, oder doch mit einem Teil von ihnen, haben die Nationalliberalen die Vergangenheit gemein und können unter Umständen auch die Zukunft wieder gemein haben, mit der Volkspartei erstreckt sich ihre Fehde auf die Vergangenheit so gut wie auf die Gegenwart und wird auch in die Zukunft reichen. Denn wem das Herz warm für sein großes deutsches Vaterland schlägt, der muß die Gemeinschaft mit einer Partei fliehen, die, so fortschrittlich sie sich auf dem Gebiete der innern Politik geberdet, in den großen Fragen der nationalen Entwicklung des Vaterlandes die reaktionärste aller Parteien ist, deren Preßorgan täglich in den Staub zieht, was Tausenden und Abertausenden heilig und teuer ist, und sich noch immer in dem abgeschmacktesten Mißtrauen und Haß gegen das Preußentum gefällt, deren Vertreter endlich sich unter der Maske partikularistischer Biederkeit an den Landesherrn hinandrängen und sich ihm als Hüter seiner Sonderrechte anpreisen — verlorne Liebesmüh freilich bei einem Fürsten, der, wie König Wilhelm der Zweite von Württemberg, seinen Unterthanen in nationaler Haltung und patriotischer Gesinnung ein leuchtendes Vorbild ist.

Während also gegenwärtig bei einem Teile der nationalgesinnten Schwaben Neigung vorhanden ist, unter gewissen Bedingungen zu den weiter links stehenden norddeutschen Liberalen freundliche Beziehungen zu unterhalten, ist der Volkspartei gegenüber nach wie vor Kampf das Lösungswort. Stolz hat diese seit den letzten Reichstagswahlen ihr Haupt erhoben. Schon mehr als einmal hat sich das leitende Blatt der Partei zu der Behauptung verstiegen, sie sei die stärkste unter den Parteien im Schwabenland. Das ist eitel Prahlerei. Sie hat allerdings im Jahre 1890 von siebenzehn Sitzen neun errungen und seitdem, infolge unglaublichen Mangels an Mut und Thatkraft im gegnerischen Lager, bei einer Nachwahl ein zehntes Mandat dazu gewonnen. Aber in der Gesamtzahl der 1890 in Württemberg abgegebenen Stimmen sind die Demokraten ein gut Stück hinter der deutschen Partei zurückgeblieben. Die unter

einer günstigen nationalen Lösung zu stande gekommenen Wahlen des Jahres 1887 hat die württembergische Volkspartei um ihre Sitze bis auf den letzten gebracht, der nächste nationale Aufschwung kann ihre Vertreter wieder vollständig aus dem Parlamente ausschließen. Oder vielmehr bedarf es gar nicht eines nationalen Aufschwungs, der künstlich weder gemacht werden kann noch darf und sich von selbst nur bei außerordentlichen Gelegenheiten einstellt, sondern es genügt eine entschiedne Haltung der deutschen Partei, die Volkspartei in die ihr gebührende Stellung zurückzudrängen. Denn groß ist in Württemberg die Masse derer, die in der Mitte zwischen beiden Parteien stehen und je nach den Umständen die Reihen der einen oder der andern verstärken. Im Jahre 1887 haben diese Parteiloseren mit den Nationalliberalen gestimmt, im Jahre 1890 sind sie in hellen Haufen zu den Demokraten übergegangen, wobei man, wenn man die richtige Zahl erhalten will, in Anrechnung bringen muß, daß die Demokraten ihrerseits ohne Zweifel zahlreiche Stimmen — namentlich in der Hauptstadt des Landes — an die Sozialisten abgegeben haben. Was bei den letzten Reichstagswahlen versäumt worden ist, kann bei den nächsten nachgeholt werden: bestimmtere Betonung gewisser liberaler Forderungen und selbständigere Haltung der Regierung gegenüber. Das ist das sicherste Mittel für die deutsche Partei, den verlorenen Boden wieder zu gewinnen. Außerdem muß sie besondere Sorgfalt der Auswahl der Kandidaten zuwenden und dabei Beamtenkandidaturen möglichst vermeiden; denn mit solchen wird den Gegnern ein bei der gedankenlosen Menge ungeheuer wirksames Agitationsmittel in die Hand gegeben. Was mit dem Namen eines als unabhängig bekannten Mannes zu erreichen ist, hat die letzte Stuttgarter Wahl bewiesen, bei der die deutsche Partei dem Ansturm der Sozialisten Stand gehalten hat, trotz volksparteilicher Sonderkandidatur und trotz sehr mäßiger Begeisterung der Strengkonservativen für den nationalliberalen Bewerber. Überhaupt darf sich die deutsche Partei nicht scheuen, zweifelhafte Elemente, die sich ihr während der Kartellzeit angeschlossen haben, wieder von sich abzustößen, selbst auf die Gefahr hin, konservativ-kerikale Gegenkandidaturen heraufzubeschwören. Es ist noch die Frage, ob nicht vielleicht gerade durch solche Gegenkandidaturen liberale Wähler scharenweise in ihr Lager aus dem gegnerischen gezogen werden würden. Darauf wird freilich die deutsche Partei stets Rücksicht zu nehmen haben, daß in ihr Nationalliberale und Freikonservative friedlich zusammensitzen, und daß dementsprechend dem erwählten Abgeordneten jedesmal die Entscheidung darüber anheimgestellt wird, welcher der beiden Reichstagsfraktionen er sich anschließen will. Eine zu schroffe Betonung des liberalen Standpunktes vonseiten der in der Überzahl befindlichen Nationalliberalen könnte leicht eine Lostrennung des freikonservativen Flügels zur Folge haben, was angesichts unsrer schon zuvor hinlänglich zersplitterten Parteiverhältnisse recht überflüssig wäre.

Das Verhältnis der Parteien zur Regierung, ihre Bedeutung und demgemäß auch ihre Verpflichtungen sind seit Bismarcks Rücktritt ganz andre geworden. Solange ein Mann an der Spitze des Staates stand, dessen geistige Überlegenheit von allen, von den einen freudig, von den andern widerwillig, anerkannt wurde, sahen sich die Parteien auf die bequeme Aufgabe beschränkt, die Anregungen dieses Mannes abzuwarten, seine Vorschläge zu prüfen und je nach ihrem Standpunkte zu verwerfen oder zu billigen. Heute, wo die Intelligenz innerhalb der Parteien mit der Intelligenz innerhalb der Regierung den Wettbewerb aufnehmen kann, müssen die Parteien bemüht sein, das politische Leben durch eigne und selbständige Gedanken zu befruchten. Es hat freilich den Anschein, als ob sie sich sehr schwer in ihre neue Lage fänden, und wenn man von Bismarcks Sturz wenigstens etwas Gutes, nämlich eine Besserung der Parteiverhältnisse, erwartet hat, so hat sich auch diese Hoffnung bis jetzt so sehr als Täuschung erwiesen, daß die Verwirrung eher noch zu- als abgenommen hat.



## Die deutsche Kolonialpolitik und die öffentliche Meinung



Es wird zuweilen bestritten, daß es eine öffentliche Meinung gebe, obwohl doch von ihr und ihrem Einfluß so viel die Rede ist: wie soll ein Ding einen Einfluß ausüben können, das gar nicht vorhanden ist? Aber schon darum, weil sie allgemein in gutem Glauben als vorhanden vorausgesetzt wird, weil sie so oft als etwas wirkliches genannt wird, muß man schließen: ergo est, und thut Unrecht, ihr Bestehen zu verneinen. Es geschieht allerdings nicht ohne Grund, wenn sich manche versucht fühlen, der öffentlichen Meinung das Dasein abzuspochen. Ihr Wesen hat etwas unklares, unsicheres und unfaßbares, sie zeigt sich in keiner konkreten Erscheinungsform, die man nach Ort, Zeit und Thätigkeit genau bestimmen könnte, sie ist überall und nirgends, sie zieht Ereignisse und Personen vor ihr Forum, das „Forum der öffentlichen Meinung,“ aber niemand weiß ihren Gerichtsstand anzugeben. Wie aber die Willensbestimmung jedes einzelnen nach dieser oder jener Richtung beeinflußt wird, ohne daß er die Einwirkungen, denen er unterliegt, immer zergliedern und nachzählen kann, so erleidet auch der Wille eines Volkes, einer Nation, einer Gesamtheit, die ebenfalls gewissermaßen eine Individualität, eine Persönlichkeit mit Gedanken und Wünschen, Absichten und Zielen bildet, manche Einwirkungen, deren Verlauf sich nicht genau von der Quelle bis zur Mündung nachweisen